

Hessischer Städtetag

Presseinformation



Nr. 01-2012

Wiesbaden, den 20. Januar 2012

Hessischer Städtetag unterzeichnet Rahmenvereinbarung zum kommunalen Rettungsschirm

Am 20.1.2012 unterzeichnet Oberbürgermeister Gerhard Möller (Fulda) für den Hessischen Städtetag die Rahmenvereinbarung zum kommunalen Rettungsschirm. Für das Land Hessen werden Ministerpräsident Volker Bouffier und Finanzminister Dr. Thomas Schäfer die Rahmenvereinbarung unterzeichnen.

Mit dem genannten kommunalen Rettungsschirm stellt das Land Hessen insgesamt 3 Mrd. Euro zur Entschuldung notleidender Kommunen bereit. Davon stehen 2,8 Mrd. Euro für die Übernahme von Krediten zur Verfügung, während 200 Mio. Euro für die Übernahme von Zinsen genutzt werden. Kommunen, die sich für eine Teilnahme am Entschuldungsfonds entscheiden, können einen Teil ihrer Schulden auf den Fonds übertragen. Das Land Hessen tilgt die übertragenen Schulden, während die fälligen Zinsen von den teilnehmenden Kommunen, dem Kommunalen Finanzausgleich und dem Land Hessen getragen werden. Voraussetzung für die Teilnahme am Fonds ist, dass die Kommune diese Hilfe benötigt und dass in der Stadt oder Gemeinde ein breiter politischer Konsens besteht, die Hilfe in Anspruch zu nehmen. Außerdem muss die Kommune eine Konsolidierungsvereinbarung unterzeichnen, in der Schritte zur Verbesserung der Haushaltssituation festgelegt werden.

Die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung ist zugleich Beginn und Ende des Verfahrens. Mit der Unterzeichnung endet die Phase intensiver Verhandlungen zwischen dem Land Hessen und den kommunalen Spitzenverbänden. Oberbürgermeister Möller zeigt sich zufrieden über das gewählte Verfahren. "Wir haben mit Zufriedenheit

registriert, dass das Land Hessen die Rahmenvereinbarung im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt hat. Vielleicht wäre es schneller gegangen, wenn der Hessische Landtag einfach ein Gesetz verabschiedet hätte – ein einseitiges Handeln hätte aber nie zu einem vergleichbar guten Ergebnis geführt. Wir haben uns nicht mit allen unserer präzisen und gut begründeten Positionen durchgesetzt, können das Ergebnis aber als Kompromiss mittragen." Nach der Unterzeichnung beginnt das formelle Gesetzgebungsverfahren im Hessischen Landtag.

Wenn das Gesetz über den Entschuldungsfonds verabschiedet ist und die Kommunen sich für die Teilnahme am Fonds entschieden haben, wird die WI-Bank die Verwaltung des Fonds übernehmen. Hierzu OB Möller: "Natürlich erhalten die Kommunen als solide Schuldner derzeit schon gute Konditionen bei der Kreditaufnahme. Wir hoffen allerdings, dass es der WI-Bank gelingt, noch bessere Zinskonditionen zu sichern, damit die Empfänger der Hilfe noch weiter entlastet werden."